

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 21. bis 27. Februar und 28. Februar bis 6. März ist der 8. und 9. Wochenbeitrag fällig.

Zur Einleitung der Frühjahrs- agitation.

Die Werbearbeit ist Mittel zum Zweck. Wir agitieren nicht etwa, um am Jahresschluß festzustellen, daß wir eine bestimmte Zahl Mitglieder mehr gewonnen und einige tausend Beitragsmarken mehr umgesetzt haben, sondern weil wir wissen, daß wir mehr Macht, also mehr Mitglieder brauchen, um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schneller und nachhaltiger verbessern zu können. Wer also seine Verhältnisse bessern will, muß es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, in der Agitation tätig zu sein.

Diese Selbstverständlichkeit ist leider nicht bei allen Mitgliedern vorhanden, doch hat sie gegenüber den letzten Jahren zugenommen. Das zeigten die Gaukonferenzen in Dresden und Hamburg und Vertrauensmännersitzungen der verschiedenen Orte und Branchen. Überall zeigte sich lebhaftestes Interesse bei Behandlung der Agitation. Wird dieses Interesse weiter geweckt und die Werbearbeit in zweckmäßiger Weise vorbereitet, dann muß der Erfolg unserer diesjährigen Arbeit noch bedeutend besser sein als der des Vorjahres.

Die Vorbereitungen für die Werbearbeit müssen jetzt in Angriff genommen werden. In jeder Versammlung und Sitzung steht jetzt die Agitation auf der Tagesordnung. Hier muß mit peinlichster Genauigkeit festgestellt werden, in welchen Betrieben Kollegen beschäftigt werden und welche davon unorganisiert sind. Dann wird entschieden, ob Haus- oder Betriebsagitation, verbunden mit Werbeversammlungen, einzusetzen hat. Jedem Agitator sind bestimmte Betriebe oder bestimmte Adressen zu überweisen. Jeder Agitator ist mit Flugblättern, Verbandszeitungen und Gärtnerfachblättern auszurüsten, nicht vergessen werden dürfen die Einladungen für die nächste Versammlung. Jeder Agitator soll die kleine Schrift: „Einige Winke für die Agitation und Organisation“ gelesen haben. Wo sie nicht mehr vorrätig ist, verlange man sie von der Hauptverwaltung.

Besondere Beachtung verdienen die Orte, wo Fachvereine und Junggärtnergruppen bestehen, die allerwärts von den Arbeitgebern und deren Helfershelfern ins Leben gerufen werden. Man vergesse nie, daß nicht Dummheit, sondern Unerfahrenheit solche Gründungen ermöglichen. Nichts ist leichter, als den Mitgliedern genannter Vereine zu beweisen, daß fachliche Bildung allein keine guten Löhne garantiert, sondern daß der beste Fachmann nur dann eine auskömmliche Bezahlung erhält, wenn eine starke gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist. Zu betonen ist auch, daß gerade unser Verband auf fachlichem Gebiet Hervorragendes leistet.

Daß es übrigens auch in den Kreisen der Junggärtner tagt, zeigt ein Vorgang in der bekannten Firma Arends-Ronsdorf, die die Junggärtnerbewegung besonders liebevoll pflegt. Ihre Junggärtner wurden kürzlich bei ihr wegen einer Lohn-erhöhung vorstellig. Ein Beweis, daß sie mit den dortigen Löhnen sehr unzufrieden sind, aber auch ein Beweis für das Fiasko, das die Unternehmer mit solchen Gründungen erleiden, und ein Beweis für die Richtigkeit des gewerkschaftlichen Gedankens.

Hindernisse und Schwierigkeiten können uns nicht schrecken, sie werden unsere Anstrengungen in der Werbearbeit verdoppeln. Kollegen allerorts, beteiligt Euch an dieser Arbeit. Jeder Erfolg in der Agitation bedeutet Fortschritt, Erweiterung unserer Macht.

Nachwort zum Geschäftsbericht.

Vor mir liegt der Geschäftsbericht unseres Verbandes für die Zeit vom 1. Mai 1920 bis 30. Juli 1925, der zugleich mit dem Bericht vom Verbandstag 1925 herausgegeben ist. Dieser Bericht ist als ein Ausschnitt aus der Verbandstätigkeit zu betrachten, den der Kaufmann Jahresabschluß nennt. Damit geht er nochmals zurück in die Vergangenheit, um sich Rechenschaft über sein Tun abzulegen; es hat aber auch gleichzeitig der Beginn eines neuen Geschäftsabschnittes eingesetzt, von dem sich der Mitbeteiligte neue Erfolge verspricht. Genau so ist es bei uns.

Wir können sagen, daß ein sehr, sehr schwerer Geschäftsabschnitt hinter uns liegt. Gar viele unserer Kollegen hatten sich davon mehr versprochen und stehen nun bitter enttäuscht abseits. Doch damit ist uns nicht gedient. Besser wäre es gewesen, wenn sich auch diese Kollegen vor unseren Wagen gespannt hätten, um besser aus dem fast grundlos gewordenen Morast herauszukommen. Aber es ist ja allgemein bekannt, daß gerade in schlimmsten Zeiten die Wankelmütigen die Fahne verlassen oder gar zum Feinde übergehen. Jedoch stellen sie sich bei günstigerer Gelegenheit ein, um mit den geliebten Kämpfern die eroberten Früchte zu ernten. Dafür haben wir Tausende von Beispielen.

Wir aber, die zur Fahne standen, wollen uns deshalb nicht in Trauer hüllen; denn wir leben in der Hoffnung, daß für uns trotz alledem eine bessere Zukunft kommen wird und kommen muß. Wenn auch viele unserer Hoffnungen fehlgeschlagen sind und noch fehlschlagen werden, ist es doch unsere heiligste Pflicht, an dem begonnenen Werk weiter zu arbeiten und auch den Führern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Diese aber sind auch verpflichtet, darauf zu reagieren! Daß die Tätigkeit der Führer nicht immer gut zu heißen war, zeigen uns die Zersplitterungsversuche sowie andere Einzelheiten der Vergangenheit. Hierzu sind meines Erachtens auch die Versprechungen aus der Vorkriegszeit zu zählen, die sich besonders auch auf die geplante Sozialisierung erstreckten. Ob diese im Laufe der Zeit zu verwirklichen möglich war oder nicht, darüber gehen die Meinungen auseinander. Es sei mir aber gestattet, hierzu einiges zu sagen.

Um die Sozialisierung (Allgemeinwirtschaft) zu erleichtern, muß man bei der Erzeugung von Lebensmitteln, nicht aber, wie im Jahre 1919, beim Bergbau beginnen. Die Arbeiterschaft hat sich ja schon eigene Unternehmungen geschaffen wie: Konsumverein, Volksfürsorge, Versammlungs- und Gastwirtschaftsräume in den Gewerkschaftshäusern usw. Allerdings bewegen sich diese Einrichtungen noch auf dem Grundsatz des privaten Rechts, der kapitalistischen Wirtschaft. Gewiß werden Arbeitnehmer dieser Betriebe besser entlohnt als in jedem anderen Betrieb, auch sind die Träger dieser Einrichtungen z. T. an Gewinn beteiligt. Trotzdem ist ein wesentlicher Unterschied im System selbst nicht zu finden.

Ähnliches können wir auch bei unseren Gewerkschaften beobachten. Man geht scheinbar auch hier von der Ansicht aus: „Wer Knecht ist, muß Knecht bleiben!“ Aber auch der Knecht hat ein Recht zum Leben, d. h. auf eine entsprechende Entlohnung, die eine normale Lebenshaltung gewährleistet. Es ist höchst ungerecht und unwürdig, das Existenzminimum des einen auf wöchentlich 35 M., das des anderen aber auf 200 M. und mehr durch Gesetz (siehe Besoldungsordnung) festzulegen. Gewiß haben unsere Lohn- und Arbeitskämpfe eine Erhöhung der Entlohnung für einzelne gebracht, zugleich ist aber auch eine Erhöhung der Ausgaben in ihrer Gesamtheit eingetreten, weil eben die Arbeitgeber im heutigen Staatssystem nur etwas zugestehen, wenn sie es auf andere Art und Weise wieder doppelt hereinholen können. Diese Kämpfe haben zum Teil noch ernsteren Folgen für die Arbeitnehmer gebracht. Hierzu ist z. T. auch die Arbeitslosigkeit zu zählen. Wir haben erlebt, daß Arbeitnehmer, die etwas mehr für

ihre Interessen eintraten, selbst von ihren Kollegen als Kommunisten, Spartakisten u. dgl. hingestellt wurden, worauf sich die rechtsradikal eingestellten Betriebsleitungen veranlaßt fühlen, diese bösen Gesellen und Unruhestifter aus Lohn und Brot zu jagen. Dadurch wurden Tausende mutiger Kämpfer des Proletariats ihrer Existenz beraubt, Tausende unschuldiger Kinder ins krasseste Elend gestürzt. Wie weit hierbei das Denunziantenunwesen mitgewirkt hat, lasse ich dahingestellt. Tatsache aber ist, daß dadurch dem Proletariat ein großer Teil seiner Erfolge verloren gegangen ist. So z. B. die Achtung der Unternehmer vor dem Betriebsrätegesetz und der Achtstundentag. Wer persönlich an diesem Unrecht beteiligt war, der möge in sich gehen und zu bessern suchen, was noch zu bessern ist. Die größte Schuld aber liegt immer am System, das die Sache über den Menschen stellt. Dies alles wird erst dann aufhören, wenn ein wirklicher Systemwechsel eingetreten ist. Das kann aber nur durch den Übergang von der privatkapitalistischen zur Gemeinwirtschaft, zur Sozialisierung geschehen.

Die Natur hat ihre Schätze für alle Menschen gleichmäßig geschaffen und zur Ausbeutung überlassen. Infolgedessen gehört uns allen der Grund und Boden, auf dem wir gemeinsam wirtschaften. Durch ein von interessierten Menschen geschriebenes Gesetz haben sich aber einzelne das Bodenbesitzrecht angemacht. Wenn wir nun als Arbeitnehmerorganisation dasselbe Recht auch auf uns übertragen würden, so wären auch wir Bodenbesitzer, und es stände uns frei, das erworbene Besitzrecht nach dem von uns angestrebten System auszubauen. Eine kleine Schrift: „Das Bodenbesitzrecht, nicht der Mensch regiert die Welt!“, von J. C. H a r t m a n n, Waldhusen b. Lübeck, sagt darüber sehr viel Wissenswertes. Voraussetzung allerdings ist, daß Grund und Boden Gemeingut bleiben. Ich bin mir völlig klar darüber, daß sich auch im Gemeinwirtschaftssystem Mißstände zeigen werden. Jedoch werden sich diese nicht so kraß auf das arbeitende Volk auswirken, wie es bisher der Fall war und noch ist. Im Laufe der Zeit wird man durch Erfahrungen lernen, diese Mißstände abzustellen. Die wirtschaftliche Not wird aber behoben werden. Die logische Folge davon ist, daß sich das ganze Volk wirtschaftlich besser stellt. Zurzeit ist es aber so, daß die breite Masse des Volkes nicht zahlungsfähig ist; wodurch selbstverständlich auch das Geschäftsleben Stockungen erleidet. Man kann aber auch annehmen, daß diese Not künstlich hervorgerufen ist, um die geschäftliche Konkurrenz tot und die Arbeiter mürbe zu machen.

Um einen Einblick in die Gemeinwirtschaft zu bekommen, haben wir nur nötig, die eigene Familie zu betrachten. Von alters her hat sich hier diese sozialistische Wirtschaft erhalten. Kein Familienvater wird eines seiner Kinder mit Kleidungsstücken überhäufen, um das andere nackt laufen zu lassen. Desgleichen muß jedes Kind zur Erhaltung der Familie mitwirken, soweit es dazu in der Lage ist. Etwas Ähnliches sehen wir bei den Aktionären, von denen jeder, seinen Leistungen entsprechend, Dividende bekommt. (? Die Schrift!) Würde man die Arbeiter als die Produzenten auch am Gewinn beteiligen, dann wären wir schon einen Schritt weiter. Die eingesetzte Arbeitskraft ist die Aktie! Allerdings dürfen die alten Akkordsysteme nicht beibehalten werden.

Nach der hier vertretenen Ansicht, die noch zu ergänzen geht, ist es unverständlich, daß sich auf unserem Verbandstag für den von der Ortsgruppe Lübeck in dieser Beziehung gestellten Antrag keine Mehrheit gefunden hat. Ich neige deshalb zu der Ansicht, daß die Leitung des Verbandes den Wünschen der Mitglieder zu wenig Verständnis entgegenbringt. Oder soll sich die gewerkschaftliche Tätigkeit der Mitglieder nur auf Mitgliedererwerb beziehen? Derartige Auffassungen stehen leider nicht vereinzelt da, weshalb es notwendig erscheint, eine entsprechende Aussprache herbeizuführen! Der als Vertreter gewählte Gauleiter hat in unserer Versammlung zur Begründung der Ablehnung des Antrages angeführt, daß die Zeit zu derartigen Sachen noch nicht gekommen sei. Ich bin jedoch der Meinung, daß, wenn ein Vorschlag zur Förderung des Fortschritts auftaucht, er auch zur Anwendung ausgebaut werden muß. Zum mindesten muß man aber darauf hinwirken, ihn zu verbreiten. Dies soll auch der Zweck meines Artikels sein. Bis zum nächsten Verbandstag sind wieder drei Jahre Zeit. Wenn diese verflossen ist, kann es schon zu spät geworden sein. Man hätte dann sozusagen etwas verschlafen, weil versäumt wurde, in den Satzungen die Grundlage zu schaffen. Einige meinen sogar, daß gerade jetzt angesichts der Fürsteneignung die beste Gelegenheit gegeben wäre. Zeitungsberichten zufolge sollen einige Fürsten gar nicht Eigentümer der betreffenden Grundstücke sein, vielmehr soll der Staat die Fürstenhäuser nur damit belehnt haben. Demnach können die Fürsten überhaupt keine Ansprüche auf Entschädigung oder Herausgabe stellen. Auffällig ist, daß sogar Fürsten, die im Weltkrieg gegen das deutsche Volk gekämpft haben, den Mut besitzen, trotzdem Ansprüche zu stellen. Vielleicht bezahlt sie der Proletarier, denn er hat ja im Überfluß! Auf der einen Seite keine Milch, kein Brot, keine Kleidung, keine Aussicht auf Existenz für das notleidende, zermürbte Volk, auf der anderen Seite Luxus und noch Entschädigung, um dem Vergnügen noch stärker zu fröhnen. Darum, Kollegen, füllt die Reihen des um Nahrung und Existenz kämpfenden Proletariats! Die leitenden

Köpfe aber müssen die Nerven anspannen, um das schon sichtbare Ziel zu erreichen!

Im Anschluß hieran sei es mir gestattet, die so brennende Frage der Verschmelzung anzuschneiden. Auch dies ist eine Angelegenheit, die nicht länger aufgeschoben werden darf. Wir haben übersehen, daß sich das Proletariat eigene Unternehmen geschaffen hat. Sollte es denn wirklich nicht möglich sein, alle zu einem zusammenhängenden Werk eng zusammenzuschließen? Ja, man hört sogar, daß einzelne dieser Unternehmen ihre Aufträge an Privatfirmen vergeben sollen, die gegen die Gewerkschaften sind, trotzdem sich Kollegen anbieten, die Arbeit zu übernehmen! Wohl sind die Gewerkschaften im ADGB zusammengeschlossen, aber trotzdem ist ein noch engerer Zusammenschluß nötig. Es wird immer so schön gesagt: „Lernt von euren Gegnern!“ Hier ist ein Punkt, in welchem man schon lange von den Gegnern zu lernen Gelegenheit hatte. Man fragt sich, weshalb haben wir nicht schon lange einen „Bund der Arbeitnehmer“? Es müßte doch möglich sein, die einzelnen Gewerkschaften in diesem Bund als sogenannte Berufsgruppen zusammenzufassen und die sonstigen Geschäftsangelegenheiten dementsprechend zu gliedern. Als Beispiel sei folgendes gegeben:

- a) Bund der Arbeitnehmer (Sitz — —) (Vorstand),
 1. Gruppe: Schlächtereigewerbe (Vertreter im Bund — Namen —).
 2. Gruppe: Gärtnereiberuf (Vertreter im Bund — Namen —), usw. usw.
- b) der Bund gliedert sich in Bezirke,
- c) die Bezirke gliedern sich in Gaue,
- d) die Gaue gliedern sich in Ortsverwaltungen,
- e) die Ortsverwaltungen umfassen sämtliche organisierten Arbeiter in Berufsgruppen.

Die Berufsgruppen entsenden höchstens zwei Kollegen in die Ortsverwaltung, in kleinere soviel als notwendig sind, um die Verwaltung zu vervollständigen. Hierzu werden nur vier Kollegen notwendig sein. Diese Art der Gliederung scheint sehr vorteilhaft und ist am besten an dem Verwaltungssystem des Reichs, der Länder usw. zu erläutern. Es gilt, im Interesse des Proletariats die Sache so schnell als nur möglich anzufassen. Persönliche Interessen einzelner sind vollkommen auszuschalten. Dies kann aber nur geschehen, wenn die Mitglieder selbst am Aufbau mitwirken.

Poschan, Lübeck.

Randbemerkungen zum Nachwort.

Es ist zweifellos ein günstiges Zeichen wiederbeginnender geistiger Regsamkeit in unsern Mitgliederkreisen, wenn sich allmählich auch die Mitarbeit an unserer Zeitung wieder einstellt. Dieses soll das Sprachrohr nicht nur des Vorstandes zur Mitgliedschaft, sondern auch umgekehrt sein. Dabei wird es sich natürlich nicht vermeiden lassen, daß mitunter auch Wünsche vorgetragen werden, deren Erfüllung einfach an den harten Tatsachen scheitert, die aber deswegen nicht endgültig begraben zu werden brauchen, sondern für deren spätere Durchsetzung man sich vorbereiten kann. Außerdem werden schließlich nicht alle zutage tretenden Auffassungen über gewerkschaftliche bzw. volkswirtschaftliche Probleme so abgeklärt sein, daß man sie ohne ein Begleitwort hinausgehen lassen könnte. Um einen solchen Fall handelt es sich auch bei der hier veröffentlichten Abhandlung des Kollegen Poschan, deshalb sei dazu folgendes bemerkt:

Es wird da zuerst von verschiedenen Zersplitterungsversuchen der Führer gesprochen, ohne näheres anzugeben. Da aber der ganze Artikel nur Gewerkschaftliches behandelt, darf man wohl annehmen, daß auch diese Äußerung sich auf sie beziehen soll. Infolgedessen möchten wir feststellen, daß gerade die Gewerkschaften sich stets als festestes Bollwerk der Arbeiterschaft bewährt haben, sogar in einer Zeit, als in der politischen Bewegung die Wogen hoch schlugen. Und wenn wirklich da oder dort „Zersplitterungsversuche“ auftauchten, dann gingen sie in keinem Fall von den Führern aus, sondern höchstens von Leuten, denen starke Worte mehr als Taten bedeuteten.

Weiter glaubt P., daß die Sozialisierung bei den Lebensmitteln und nicht beim Bergbau beginnen müsse. Diese Frage ist außerordentlich umstritten, weil sehr gewichtige Theoretiker behaupten: man müsse zuerst die Banken, also das Kapital, sozialisieren, um überhaupt die nötigen Mittel zum Betrieb von Bergwerken usw. in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen. Fest steht aber, daß nach Erfüllung dieser Vorbedingung mit der Gemeinwirtschaft der Urstoffe, nicht mit der von Fertigfabriken begonnen werden muß, und dazu gehört natürlich auch Brotgetreide usw.

Im Zusammenhang damit bespricht Kollege P. die eigenen Unternehmungen der Arbeiterschaft und bemängelt, daß sie auf „kapitalistischer“ Wirtschaftsbasis arbeiteten. Wenn der Verfasser dabei vielleicht die Ausbezahlung von Lohn oder die Erübrigung von Gewinnen im Auge hat, soll er Recht haben, er vergißt aber die Hauptsache: Erstens fließt der Gewinn nicht, wie beim kapitalistischen System in die Tasche eines einzelnen, der ihn dann nach Belieben privatim verwenden kann, sondern alle Überschüsse werden zu Rücklagen für die Erweiterung des Geschäfts verwendet, dienen also der Allgemeinheit, z. B. bei Konsumvereinen.

Diese Allgemeinheit könnte also, wenn sie restlos nur in ihren eigenen Geschäften kaufte, alle Krämer binnen kurzer Zeit lahmlegen, ungeheuren Einfluß auf die Preisgestaltung gewinnen und schließlich immer mehr zur eigenen Produktion übergehen, also eine völlig unblutige Sozialisierung vornehmen.

Zweitens: Solange ein solches Gemeinwirtschaftsunternehmen als einsame Insel im brausenden Meer des Kapitalismus zu leben gezwungen ist, bleibt ihm nichts weiter übrig, als ebenfalls Löhne — nur bessere — auszuzahlen, ferner die Rechtsformen seiner größten Konkurrenten anzunehmen und mit denselben kaufmännischen Mitteln zu arbeiten wie diese, nur in verbesserter Form. Man muß also die Gegner mit ihren eigenen Waffen bekämpfen. Die Begriffe kaufmännisch und kapitalistisch brauchen sich durchaus nicht zu decken, denn sogar gemeinnützige Unternehmen müssen kaufmännisch arbeiten, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen.

Unrichtig ist aber auf alle Fälle der Vergleich mit den Aktionären, denn wenn auch der Kapitalismus heute nicht mehr so von Einzelpersonen getragen wird wie früher, sondern allmählich immer mehr zur Gesellschaftsform übergeht, so genießt doch die Allgemeinheit dabei keine Dividenden, sondern nur eine beschränkte Anzahl wohlhabender Leute, und zwar nicht nach physischen Leistungen, sondern nur auf Grund der eingezahlten Anteile.

Daran würde auch nichts oder nur wenig geändert werden, wenn die Gewinnbeteiligung der Arbeiter eingeführt würde: denn die damit angestellten Versuche sind zusammengebrochen, weil die finanziellen Ergebnisse geradezu kläglich waren. Jedenfalls standen sie in keinem Verhältnis zu den sonstigen Bedingungen, die die betr. Arbeiterschaft eingehen mußte, und führten obendrein nur zu einem gewissen Betriebsgoismus, der in einem scharfen Gegensatz zu den Interessen der Allgemeinheit steht.

Und was nützen schließlich solche Überschüsse, wenn sie durch die Bodenrente, d. h. durch Miete usw. wieder aufgefressen werden? Poschan hat ganz recht, wenn er auf diese Zusammenhänge hinweist, aber warum ist denn das Bodenreformgesetz noch immer nicht verabschiedet? Weil die Wahlen zum Reichstag niemals eine so starke Mehrheit für die Arbeiterschaft ergeben haben, daß man es mit Sicherheit durchbringen könnte. Ist das etwa die Schuld der Führer, oder liegt das nicht vielmehr an der Gleichgültigkeit und Lauheit der Massen? Man denke nur an die Wahlmüdigkeit. Statt Mann für Mann an die Urne zu treten und sein eigenes Schicksal mitzubestimmen, sind Tausende viel zu bequem oder zu verrannt. Sie schimpfen aber obendrein noch, daß es so langsam vorwärtsgeht. Und wie steht es mit der großen Volksbewegung gegen den Raubzug der Fürsten an ihren „angestammten“ Völkern? Droht da nicht auch schon wieder eine traurige Zersplitterung? Ist es nicht gerade der ADGB, gewesen, der diese Kluft zu überbrücken versuchte.

Hier treffen die Vorwürfe des Kollegen P. tatsächlich ebenso daneben, wie bei der Verschmelzungsfrage, die sowohl von unserem Verband wie auch vom ADGB, mit allen Mitteln gefördert worden ist. Natürlich lassen sich aber jahrzehntealte Formen nicht von heute auf morgen umwerfen, hier muß man der organischen Entwicklung Raum lassen, wenn man nicht mehr zerstören als aufbauen will. Zu dieser Entwicklung gehört natürlich auch eine Umstellung der Geister, denn nach Fr. Engels kann sich eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform nur dann auf die Dauer halten, wenn die Kräfte dazu in der alten erzogen worden sind.

Ist das der Fall, oder warum hat der Verbandstag in Erfurt den Lübecker Antrag als verfrüht abgelehnt? Man werfe nur einen Blick auf die tausend Krämer in jeder Stadt, die fast ausschließlich von den Groschen der Arbeiter ein behagliches Dasein führen und eine lebendige Anklage gegen den Indifferentismus eben dieser Arbeiter bilden; man frage weiter, warum noch immer soviel Kinder — selbst von Radikalinskis — den Religionsunterricht besuchen, wo die Elternbeiräte, die Mieterräte und die Begeisterung für die Betriebsräte geblieben sind und — man wird volles Verständnis für den Beschluß des Verbandstages haben müssen. So wie man ohne Baptisten keine baptistische Sekte, ohne Sänger keinen Gesangverein aufziehen kann, so kann man auch ohne Genossenschaftsgeist keine Genossenschaft, ohne überzeugte Sozialisten keine sozialisierte Wirtschaft aufrechterhalten.

Infolgedessen ist auch dieser Vorwurf gegen die Verhandlungsführung hinfällig geworden. Überdies entbindet der Erfurter Beschluß den Vorstand natürlich keineswegs von der Verpflichtung, sich für die Sozialisierung einzusetzen, denn § 2 Absatz 2 d unserer Satzung spricht ausdrücklich von der Förderung der auf die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft gerichteten Bestrebungen.

Es ist also keinesfalls die Auffassung der Gewerkschaften, daß Knecht Knecht bleiben müsse, im Gegenteil, ihre Hauptaufgabe ist Befreiung der arbeitenden Menschheit von dem Joch des Kapitalismus. Diese Aufgabe kann aber nicht erfüllt werden, wenn Tausende tatenlos beiseite stehen, sondern daran müssen alle, alle mitarbeiten. Sie heranzuholen und zu schulen, ist unsere wichtigste Aufgabe.

Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft. M. v. Ebner-Eschenbach.

„Ilex.“

Unter diesem Decknamen wird in Nr. 10 der „Gartenbauwirtschaft“ vom 2. Februar von einem Arbeitgeber zu dem Artikel „Von der Not der Garten-Bauern“ in Nr. 25/1925 unserer Zeitung Stellung genommen. Durch seine Ausführungen macht der Schreiber seinem Decknamen alle Ehre, und scheint dieser „Ilex“ gleich dem wirklichen Ilex aquifolium in Südwestdeutschland beheimatet zu sein! Die Erwidmung seiner volkswirtschaftlichen Weisheiten soll anderer Stelle überlassen bleiben, es reizt mich jedoch, die Frage zu stellen: Wie sind die erforderlichen Ergänzungen und Neuschaffungen im Haushalt des Gärtnereiarbeitnehmers ohne dazu vorhandene Mittel möglich??? Wenn die Anschaffung von Autos usw. nach Ansicht von „Ilex“ keine Zeichen guter wirtschaftlicher Lage sind, so kann er sicher auch diese Frage lösen.

„Ilex“ schreibt mit großer Erhabenheit von den Arbeitnehmern, mit denen man sich „ab und zu“ zusammensetzen „muß“, um mit ihnen verschiedenes zu beraten und zu beschließen, und er fügt dem bei, „daß solche Auseinandersetzungen für beide Teile nur dann ersprießlich sein können, wenn sie unter dem Gesichtspunkt der gegenseitigen Achtung vor sich gehen, was ja eigentlich selbstverständlich ist“.

Es erscheint mir sehr angebracht, dieses Kapital der gegenseitigen Achtung etwas unter die Lupe zu nehmen. Einig gehe ich in der Auffassung, daß Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wesentlich gefördert würden und auch ersprießlicher sein könnten, wenn sie unter dem Gesichtspunkt gegenseitiger Achtung geführt werden oder geführt werden können. Die Voraussetzung zur gegenseitigen Achtung ist aber in allererster Linie die Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung.

Wie sieht es damit aus?

Dieselbe Erhabenheit und Einbildung des Alleinwissenden, die aus den Ausführungen von „Ilex“ spricht, finden wir zwar nicht bei allen, aber doch bei der Mehrzahl der Arbeitgebervertreter bei den verschiedensten Verhandlungen. Daß man sich überhaupt mit Arbeitnehmern „ab und zu“ zusammensetzen muß, ist den meisten schon ein Greuel, und wenn die Arbeitnehmervertreter sich als gleichberechtigt fühlen und nicht alles ruhig hinnehmen, sondern schließlich in Vertretung ihrer Sache das Kind beim richtigen Namen nennen, dann ist bald sehr deutlich zu verspüren, welche Auffassung man auf der Gegenseite von Gleichberechtigung hat.

In dieses Kapitel zählt auch die Anerkennung der Organisation. Daß sich die Arbeitgeber zusammenschließen und versuchen, ihren Vorteil auszunützen, Einfluß zu gewinnen und die volkswirtschaftliche Stellung und Bedeutung des Berufs zu heben, betrachten wir als ihr selbstverständliches Recht, ja als ihre Pflicht. Finden wir aber die gleiche Einstellung bei unseren Arbeitgebern uns gegenüber? Betrachten diese den Zusammenschluß der Arbeitnehmer und ihre Zugehörigkeit zur Organisation ebenfalls als eine Selbstverständlichkeit?

Hier klappt ein großer Reiß! Gewiß vertreten manche Arbeitgeber diesen Standpunkt und betrachten die tarifliche Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren Einhaltung sowohl als auch die Zugehörigkeit ihrer Arbeiter zu unserem Verband als notwendig und angebracht. Dies ist aber nicht allgemein und nicht in der Mehrheit der Fall. Im Gegenteil, die Bekämpfung unseres Verbandes und der organisierten Kollegen wird meist mit allen Mitteln, oft mit den gemeinsten und schofelsten, geführt. Wenn dies dazu noch besonders in den Betrieben der führenden Personen der Arbeitgeberorganisation der Fall ist, und gerade dort mehr als einmal Theorie und Praxis zwei sehr verschiedene Dinge sind, so dürfte das zeigen, wo Kritik am Platze ist und wo in allererster Linie die Schaffung der Voraussetzungen zur gegenseitigen Achtung notwendig ist. „Ilex“ schreibt zum Schlusse seiner Ausführungen weiter, daß unsere Zeitung nur dazu diene, solche Kollegen aufzustacheln, „die ihre Drahtzieher bei ihrem Verband noch nicht durchschaut haben“. Er scheint es dabei nach dem bekannten Sprichwort zu halten: Man sucht niemand hinter dem Busch, wenn man nicht selbst dahinter gesessen hat!

Allem Anscheine nach benötigt man in der Organisation von „Ilex“ solche „Drahtzieher“, und schließlich zählt „Ilex“ selbst dazu. —

Ein glücklicher Zufall brachte einige Schriftstücke in meinen Besitz, aus welchen zu ersehen ist, daß zur Durchführung der Pläne solcher „Drahtzieher“ alle Mittel recht und gut sind. Zugleich zeigen diese Schriftstücke, welche gegenseitige Achtung die „Drahtzieher“ einander entgegenbringen! Daß es sich dazu noch um Mitarbeiter an der Durchführung einer Ausstellung handelt, macht die Sache noch reizvoller! „Ilex“ hat also ein sehr reiches und weites Betätigungsfeld in seinen eigenen Reihen, um erst mal dort die Voraussetzungen für die gegenseitige Achtung, die er als Selbstverständlichkeit bezeichnet, zu schaffen.

Daß er die leitenden und führenden Kollegen unseres Verbandes als „Drahtzieher“ bezeichnet, zeigt, daß ihm gegenseitige Achtung

selbst noch fremd ist und fehlt. Ebenso scheint er noch nicht begriffen zu haben, daß der denkende Arbeitnehmer heute mit Aufmerksamkeit die Bestrebungen der Arbeitgeber und ihrer Organisation verfolgt.

Trotz „Ilex“ und seinen Stacheln werden sich die Arbeitnehmer des Gartenbaues von der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Gleichberechtigung nicht abbringen lassen, sondern werden dafür zu sorgen haben, daß die Gleichberechtigung zur Wirklichkeit wird.

F. Arnold, Stuttgart.

Oberdrahtzieher Ilex.

Wie bereits aus dem vorstehenden Artikel unseres Gauleiters Arnold hervorgeht, beschäftigte sich ein Fachmann unseres Unternehmerorgans mit der Haltung der „A. D. G.-Ztg.“ zu verschiedenen Problemen der letzten Zeit, und zwar in einer Weise, die deutlich erkennen läßt, daß unsere Ausführungen erfreulicherweise wieder einmal das Richtige getroffen haben. Wir wollen dabei nicht untersuchen, ob es klug war, seinen Ärger in so mangelhaft begründeter Weise vor der breiten Öffentlichkeit zur Schau zu tragen, sondern wollen nur den Satz herausheben, in dem die Führer unseres Verbandes als „Drahtzieher“ bezeichnet werden.

Was ist ein Drahtzieher?

An Stelle schwieriger Deduktionen ein Beispiel auf die Frage: Im Jahre 1918 wurde auch im Gartenbau eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft gegründet, die nach einem Aufruf im Unternehmerorgan (1918 Nr. 47) die Anerkennung und Gleichberechtigung unserer Organisation verkündete und den Arbeitgebern auftrag, in ihren Arbeitnehmern Mitarbeiter an ihren eigenen Interessen zu erblicken, die dementsprechend zu bewerten wären. Eine Woche später wurde sogar die Verfügung über den Achtstundentag anerkannt und gesagt, daß die gärtnerischen Löhne denen anderer Gewerbe am Orte entsprechen müßten, denn niedrige Löhne schafften keine solide Grundlage für die Aufwärtsentwicklung des Gesamtberufes.

Als nun einige Scharfmacher in Sachsen, die sich bereits wieder vom ersten Schreck der Revolution erholt hatten, gegen diese im Gartenbau bisher unerhörten Theorien Sturm liefen, wurde ihnen beschwichtigend mitgeteilt, daß sie sich gar nicht so aufzuregen brauchten, denn das Ganze sei ja nur aufgezogen, um die Arbeitnehmer besser an der Strippe zu haben bzw. um Schlimmeres zu verhüten.

Also, man hatte ein Scheinmanöver eingeleitet und Potemkinsche Dörfer aufgebaut in der Absicht, seinen Partner zu täuschen. Die treibenden Personen blieben aber im Hintergrund, und ließen andere spielen. Ganz wie im Puppentheater! Dort bleiben die Regisseure auch hinter den Kulissen, sie bewegen ihre Marionetten lediglich durch Draht, an dem sie je nach der gewünschten Richtung ziehen, daher stammt der Begriff „Drahtzieher“.

Das festzustellen war sehr wichtig, denn nun kann man sich wenigstens erklären, warum Ilex, der übrigens rote Früchte trägt, so naheliegende Vergleiche in seiner bilderreichen Sprache verwendet.

Doch weiter! Das oben geschilderte Spiel wurde natürlich sehr schnell von uns durchschaut und führte zum Bruch, als wir verlangten, bei allen Fragen mitbestimmend wirken zu können. Man war auf der anderen Seite darob sehr erstaunt, weil man glaubte, seiner Sache sicher zu sein, obgleich wir stets betont hatten, daß unsere grundsätzliche Einstellung zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch keinerlei Vereinbarungen beeinflusst werden könnte. Auch hierfür sei eine kleine Illustration gestattet.

Eines Tages stand in der „A. D. G.-Ztg.“ ein Artikel über die Sozialisierung im Gartenbau. Bei der nächsten Sitzung Empörung der Unternehmer, weil etwas Derartiges gegen den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft verstieße. Darauf lange Gesichter, als wir erklärten, unsere Grundsätze blieben nach wie vor dieselben, es sei z. Zt. lediglich so ein Waffenstillstand vereinbart, die Erringung unseres Zieles bleibe stets Hauptaufgabe.

Und damit kommen wir zum Kernpunkt der Ausführungen von Ilex: Es ist eine absichtliche Irreführung dieses stacheligen Gesellen, wenn er seinen Lesern die Schauerärm aufischt, wir hetzten in der geschmacklosesten Art gegen die selbständigen Gärtner. Wahr ist vielmehr folgendes:

Nach unserer Auffassung ist das gesamte Unternehmertum im Wirtschaftsleben höchst überflüssig und sogar schädlich, weil seine Profitwirtschaft verhindert, daß die Volkswirtschaft vollkommen auf Bedarfsdeckung der großen Massen eingestellt wird. Diese Leute produzieren nur das, woran sie verdienen. Eine andere Einstellung ist übrigens beim kapitalistischen System gar nicht möglich. Man muß, um als Unternehmer leben zu können, Mehrwerte aus der Produktion herauszuschlagen, und das tun diese Herren, indem sie die Löhne niedrig zu halten versuchen, die Arbeitszeit verlängern und die Preise hochhalten. Durch dieses System sind kleine Schichten wohlhabend bis reich geworden, während die Massen als Lohnsklaven fronden und schuffen, ohne die von ihnen geschaffenen Werte genießen zu können. Dagegen wenden wir uns mit aller Schärfe, nicht aus Neid,

sondern der Ungerechtigkeit wegen, und wir betrachten es als unsere heiligste Pflicht, die arbeitenden Schichten über die Ursachen und Wirkungen einer solchen menschenmordenden Wirtschaftsordnung aufzuklären, damit letztere durch die sozialistische ersetzt werden kann, in der alle Produktionsmittel sowie der Grund und Boden der Allgemeinheit gehören, die sie wieder im Interesse der Allgemeinheit benutzt und damit die Zwischengewinne der Unternehmer ausschaltet, wodurch Verbilligung der Waren und Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeigeführt wird.

Etwas Derartiges kann man natürlich nicht propagieren, ohne sich grundsätzlich gegen die Existenz der Unternehmerklasse überhaupt zu wenden. Es ist doch vollständig unlogisch, die Auswirkungen des Kapitalismus zu schmähen, wenn man nicht dem Grundübel die Axt an die Wurzeln legt. Das würde heißen, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, oder dem Moloch Kapital nur ab und zu die Krallen zu beschneiden, anstatt sie auszureißen.

Wenn sich die Unternehmer das bei jeder Verhandlung oder allen ähnlichen Dingen gleich von vornherein klar machen würden, wäre manche Enttäuschung erspart.

Doch weiter. Wir wissen genau, daß ein System, das Hunderte von Jahren alt ist, nicht von heute auf morgen umgestellt werden kann, daß vielmehr die Entwicklung dabei ein gut Teil Arbeit zu verrichten hat und tatsächlich auch verrichtet, wobei wir vor allem an die unaufhaltsame Technisierung der Wirtschaft denken, die alles Bisherige mit viel größerer Sicherheit über den Haufen werfen und den von uns gewünschten Zustand herbeiführen wird als alle radikalen Redensarten od. dgl. Wer sich dieser Entwicklung entgegenstemmt, handelt verwerflich an der Menschheit, die ein Anrecht auf höchste Vollkommenheit ihres Daseins hat. Geschieht es böswillig, muß das rücksichtslos gebrandmarkt werden, erfolgt es aus Dummheit, so verdient es beißenden Spott.

Nun wird doch wohl niemand behaupten wollen, daß die Handelsgärtner an der Spitze des technischen oder kulturellen Fortschritts marschieren, es bleibt also nichts weiter übrig als Brandmarkung oder Spott.

Und sowas nennt Ilex in seiner Einfalt „traurige Arbeit“. Im Gegenteil, wir glauben, daß alle Bremser und Reaktionäre die traurigste Arbeit verrichten, die es je gibt.

Ist es vielleicht unzutreffend, wenn wir das Kind beim richtigen Namen nennen und sogar, daß die große Mehrzahl aller Gärtnereien Bruchkrautereien sind? Wo sind denn die mit den modernsten Häusern, Geräten und Arbeitsmethoden ausgerüsteten Betriebe? Liest man es nicht täglich in Unternehmerzeitungen selbst, daß man keine Löhne, keine Steuern zahlen, daß man kaum die nackte Existenz fristen könne? Reden nicht sogar große bürgerliche Kanonen vom Reinigungsprozeß in der Wirtschaft? Nun gut, dann ist es höchste Zeit, daß solche Bruchbuden aller Art den Laden zumachen und den rationell arbeitenden Unternehmungen das Feld überlassen. Das ist eines der ungeschriebenen Gesetze der Wirtschaft, das sich erfüllen wird, trotz Ilex.

Geradezu demagogisch ist es aber, uns zu unterstellen, als wenn wir den da und dort vorhandenen Ansatz zur Modernisierung der Gärtnereien durch neue Häuser, Autos usw. verurteilen. Das ganze Gegenteil ist der Fall; wir begrüßen diesen Umschwung, diese reichlich spät gekommene Erkenntnis und freuen uns, daß Ilex diese Verbesserungen selbst als dringende Maßnahme gegen die Auslandskonkurrenz betrachtet. Bisher war es aber doch immer so, daß man für seine persönlichen Liebhabereien stets Geld übrig hatte, nur nicht für Verbesserungen im Betrieb, weil man glaubte, mit Niedrighaltung der Löhne über solche Dinge hinwegzukommen. Es ist doch eine Binsenwahrheit, daß niedrige Löhne jeden technischen Fortschritt verhindern, trotz alledem hören wir aber bei jeder Tarifverhandlung das gleiche Gestöhne schon seit Jahren ohm daß der jedesmal prophezeite Zusammenbruch eingetreten wäre.

Muß es da nicht jedem auffallen, wenn plötzlich an verschiedenen Stellen neue Häuser und Autos auftauchen? Wo ist denn dafür auf einmal das Geld hergekommen? Also: Unsere Vorwürfe richten sich nur gegen die Unwahrhaftigkeit, keinesfalls aber gegen den technischen Fortschritt.

Und nun zum Schluß! Wir haben es gar nicht nötig, die Leute aufzustacheln, das besorgt Ilex mit seinen Freunden durch eine raffinierte Ausbeutungstaktik viel besser, als wir das jemals könnten.

Deshalb nehmen Sie, verehrter Ilex, noch einen wohlge-meinten Ratschlag entgegen: Lassen Sie künftig Ihre patriarchalischen Redensarten beiseite und sorgen Sie lieber dafür, daß alle Gründe, die die gärtnerische Arbeitnehmerschaft aufstacheln könnten, in der Versenkung verschwinden, dann werden Sie sich nie mehr mit der „Allgemeinen Deutschen Gärtnereizung“ zu befassen brauchen. Vor allem aber seien Sie vorsichtiger mit der Beschuldigung der Drahtzieherei, denn das steht Ihnen schlecht an, weil Sie darin selbst Virtuose sind.

Wir möchten die Gelegenheit aber nicht vorübergehen lassen, ohne unseren Mitgliedern noch weitere Beweise für den durch die Not der Garten-Bauern sich anbahnenden Fortschritt vorzulegen.

In Köln: B. Grätz: 1 Personen- und 1 Lastauto; Himmelmann: 1 Lieferauto, Winkelmann: 1 Lieferauto gekauft; Müseler: 3 Gewächshäuser mit Verbindungshaus, 1 Heizungsanlage gebaut; Jürgel, Sürth: 1 Schuppen mit Gehilfenwohnung gebaut, 450 Mistbeefenster, 1 Privat- und 1 Lieferauto angeschafft. In Düsseldorf: Kleinheinrich: 6 Gewächshäuser (400 qm), 1 dreistöckiges Wohnhaus gebaut, 1 Lieferwagen zugelegt; Ockenfels: 12 Gewächshäuser (800 qm), 300 Mistbeefenster, 1 Lieferauto, Martin: 4 Gewächshäuser (240 qm), Klapdor: 3 Gewächshäuser (180 qm), 30 Mistbeefenster, 1 Pferd und 1 Wagen, Gehnen: 4 Gewächshäuser (240 qm), Reisinger: 3 Gewächshäuser (120 qm), 1 Verkaufshalle, Förtenbacher: 2 Gewächshäuser (80 qm), Bilk: 5 Gewächshäuser (200 qm) zugelegt; Fogie, Büderich: Gewächshausblock (400 qm), Geduldig, Aachen: Gewächshauserneuerungen bzw. Vergrößerungen (insges. 350 qm), 180 Mistbeefenster, 1 Geschäftsauto, 1 großes Luxusauto, Hellbach, Herzogenrath: 2 große Gewächshäuser, 1 Geschäftsauto zugelegt, eine Romreise gemacht; in Barmen-Elberfeld: Wichelhaus: 1 Wohnhaus, 1 Gewächshaus (70 qm), Wilms: 2 Gewächshäuser (150 qm), Janning: 1 Gewächshaus (60 qm), 40 Fenster; in Crefeld: Baumeister: 1 Gewächshaus (150 qm), I. H. Schröder: 1 Lastauto zugelegt, Baumschule vergrößert, Windhausen: 1 Wohnhaus (villenartig); Schuhmacher, M.-Gladbach: 1 Gewächshaus (80 qm), 1 kleineres Gewächshaus; Seifert, Distelrath: 1 großen Gewächshausblock, 1 Personenauto, 1 Lastauto; Macherey, Düren: 3 Gewächshäuser, 1 Lastauto; Sans, Birkesdorf: 3 Gewächshäuser; in Bonn: Mengden: 1 Auto für 7000 M., 1 Chrysanthemumhaus mit 240 Fenstern; Radermacher: 1 Grundstück für 4500 M., Fecke: 1 wertvollen Garten mit Haus, Leyer: 1 dreistöckiges Wohnhaus; Werner und Strecker, Gummersbach: je 1 Gewächshaus zugelegt.

Neubert, Wandsbek: Neubau eines Gewächshauses von 12:28 m; König, Cuxhaven: Neubau eines Gewächshauses; Tiege, Cuxhaven: vollständige Renovierung der Gärtnerei. Die Firmen Rud. Schmidt, J. F. Müller und Nic. Schröder in Rellingen zusammen 200 Morgen Land gekauft, ebenso die Firmen J. H. Brandt, E. B. Brandt, H. H. Pein in Halstenbek 148 Morgen. Schröder, Rellingen, und Timm & Co., Elmshorn: große Schuppen gebaut. Schrader, Rellingen: Kaserne für 300 Mann gebaut, 2 Trockner angeschafft; desgl. Lüdemann, Halstenbek und Sander, Tornesch: je 1 Trecker. E. F. Pein: 1 Trecker, 1 Tank und andere Maschinen; H. H. Pein, beide in Halstenbek: 1 Tank.

Stern, Brockau b. Breslau: ein Gut von 150 Morgen zugekauft und große Aufschulungen vorgenommen.

Ein Paradies für Privatgärtner!

Vor einigen Monaten erhielten wir von einem Kollegen Abschrift eines Briefes zugesandt, den er als Antwort auf eine Bewerbung bekommen hatte. Wir hielten dessen Inhalt anfänglich für Scherz, so daß wir erst Erkundigungen einzogen, die leider die Echtheit des Schreibens bestätigten, so daß wir es nun zum Ausdruck bringen. Wir könnten darüber mehrere Leitartikel schreiben, verzichten aber darauf, weil es uns besser dünkt, dieses Dokument schmächtigster Sklaverei in seiner ganzen Schönheit, unbeeinflusst von Randbemerkungen, auf unsere Mitglieder einwirken zu lassen.

Hier ist es:

Stempel:

Rob. M. Waage, Hamburg.

Hamburg, im Januar 1925.

Ich suche für meine Besetzung „Hoheneichen“, unmittelbar am Niendorfer Gehölz gelegen, einen durchaus tüchtigen Verwalter, gelernten Gärtner. Die Besetzung ist etwa 30 000 qm groß. Sie enthält Ackerland, Wiesen, Obstgärten, Fischteiche, Heißbeete, Stallungen für Groß- und Kleinvieh und Geflügel. Außerdem gehören zur Besetzung 24 preuß. Morgen Acker, Weiden, Wiesen. An Vieh sind zurzeit vorhanden: zwei Pferde, ein Kalb, etwa 30 Hühner, Truthühner, Gänse, Enten. Wahrscheinlich werden die 24 Morgen Ländereien verpachtet.

Der Verwalter muß alle in den Betrieben vorkommenden gärtnerischen und landwirtschaftlichen Arbeiten, ferner die Viehhaltung gründlich verstehen und durchaus selbständig arbeiten können. Ihm liegt insbesondere die Viehpflege und Fütterung ob, die in sorgfältigster Weise auszuführen ist. Für alle Arbeiten im Betriebe, für die Aufbewahrung und Verwendung der Geräte ist der Verwalter verantwortlich. Er hat insbesondere auch die Bewachung des Hofes und sämtlicher darauf befindlichen Gebäude auszuüben. Daraus folgt, daß ihm eine begrenzte Arbeitszeit, regelmäßige Ausgänge und dergleichen nicht zugebilligt werden können. Zu seinen Obliegenheiten gehören ferner auch Fahrten für mich und meine Frau. Es sind vorhanden zwei Kutschwagen und ein Schlitten, ferner ein Transportwagen, sogenannter Panjewagen und ein Blockwagen. Die Kutschwagen und der Schlitten sind neu und müssen dauernd in sauberem, elegantem Zustand gehalten werden, ebenso die Geschirre usw.

Ich beanspruche, täglich nach der nächsten Straßenbahnstation gefahren (etwa 10 Minuten) und wieder abgeholt zu werden. Alle sonstigen Fahrten beschränken sich auf ein gelegentliches Abholen oder Hinbringen zur Straßenbahn oder zur Stadt, etwa einmal in der Woche. Spazier- und Besuchsfahrten sehr selten. Fahrten zu meiner in Blankenese wohnenden Tochter und gelegentliche Ausfahrten mache ich manchmal selbst. Ich behalte mir aber ausdrücklich vor, solche Fahrten auch von meinem Verwalter in den späten Nachtstunden zu verlangen. Ein- und Ausspannen ist in allen Fällen Sache des Verwalters.

Der Verwalter hat ferner die Verpflichtung, meine Dienstmädchen an ihren Ausgangsabenden zu Fuß von der nächsten Bahnstation abzuholen und nach Hause zu begleiten, und zwar an den Wochentagen um 10, Sonntags um 11 Uhr. Mein jetziges Mädchen kommt an den Sonntagabenden fast nie nach Hause, sie bleibt die Nacht gewöhnlich bei Verwandten und stellt sich am nächsten Morgen um 7 Uhr wieder ein. Ich selbst habe auch manchmal das Mädchen von der Bahn abgeholt, die Verpflichtung zum Abholen liegt aber in allen Fällen unweigerlich dem Verwalter ob.

Ich wiederhole ausdrücklich, daß durch seine Pflichten und durch seine Tätigkeit der Verwalter eigentlich dauernd an Haus und Hof gefesselt ist. Bewerber müssen sich klar machen, daß Ausgänge für sie nur ausnahmsweise erfolgen können.

Der Verwalter muß fernerhin imstande und geschickt sein, kleinere Reparaturarbeiten aller Art zu machen, Werkzeuge und Hilfsmittel sind reichlich vorhanden. Er muß ferner bereit sein, auf Verlangen im Hause Handreichungen, die von den weiblichen Personen nicht gemacht werden können, zu leisten. Insbesondere ist die Beschickung der Zentralheizung und deren Instandhaltung seine Sache.

Alle Arbeiten im Betriebe, Bemessung, der Futtermengen usw. sind, nach vorheriger Rücksprache mit mir, vorzunehmen. Ich lege ganz besonderen Wert auf größte Sauberkeit im Betriebe, auf Schonung und Erhaltung der Pferde und des Materials, Sparsamkeit in der Zuteilung des Futters und Sorgfalt und Liebe in der Viehbehandlung. Schlagen des Viehes ist ein für allemal verboten, es würde bei den beiden sehr guten Pferden nur den Erfolg haben, sie störrisch und gefährlich zu machen.

Erfordernis in dem Verhältnis des Verwalters zu mir ist ein stets höfliches Wesen, auch in Fällen von Meinungsverschiedenheiten. Ich verlange diese Höflichkeit ganz besonders gegen meine schwer erkrankende Frau, welche trotz ihres Leidens sich sehr eingehend mit der Wirtschaft befaßt und überall selbst mit Hand anlegt. Der Verwalter muß stets darauf achten, daß meiner Frau irgendwelche Hindernisse nicht in den Weg gelegt werden dürfen, daß also z. B. die Gartenwege, Gemüse- und Obstbeete jederzeit völlig frei passierbar sein müssen. Eine taktvolle Rücksichtnahme und stets freundliches, zuvorkommendes Wesen meiner Frau gegenüber ist die erste und wichtigste Forderung, die ich an den Verwalter stelle.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werde ich, wie schon oben gesagt, die 24 Morgen Ländereien, Wiesen, Weiden abgeben. Alsdann wird sich die Landwirtschafft in dem eigentlichen Sitz „Hoheneichen“ darauf beschränken, Kartoffeln, Rüben, vielleicht etwas Futter und Brotkorn zu bauen und vielleicht das erforderliche Gemüse, einige Stauden Schnittblumen und dgl. Der Garten soll sauber und anständig, aber nicht luxuriös gehalten werden. Erforderliche besondere Arbeitskräfte für die Bestellung und Ernte werden bewilligt. Die Geflügelwirtschaft mit Ausnahme der in der Woche einmal — im Sommer häufiger — vorzunehmenden Reinigung der Geflügelställe wird vom Hause besorgt.

Ich biete dem Verwalter eine Wohnung, bestehend aus einer Küche und zwei Zimmern. Ein in der Wohnung befindliches drittes Zimmer behalte ich mir vor. Weiter erhält der Verwalter freie Heizung, frei Wasser und frei Licht. Alles in sparsamer, aber auskömmlicher Menge. Gemüseland, Saatgut, Düng. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß die Ernte von dem Verwalterlande mein Eigentum bleibt, diese dient jedoch ausschließlich zum Unterhalt des jeweiligen Verwalters. Mit der Beendigung des Dienstverhältnisses erlischt jeder Anspruch des Verwalters auf etwa vorhandene Vorräte und dgl.

Die Wohnung ist eine Dienstwohnung. Der anzustellende Verwalter verpflichtet sich ausdrücklich, diese Wohnung bei Beendigung des Verhältnisses, gleichgültig, ob die Aufhebung von ihm oder von mir erfolgt ist, ohne den geringsten Verzug zu räumen. Einspruch gegen die sofortige Räumung aus welchem Grunde es auch sein mag, ist nicht zu erheben. Für den Verwalter, seine Familie und etwaigen Besuch ist hinter der Verwalterwohnung ein kleiner Hof und Garten vorhanden, dessen zu vereinbarende Grenzen nicht außerdienstlich überschritten werden dürfen. — Tierhaltung ist dem Verwalter nicht gestattet.

Ich beanspruche völlige Ruhe auf dem Hofe und muß darum bitten, daß ein etwaiger Besuch in mäßigen Grenzen gehalten wird.

Gehalt laut Abrede in Goldwährung, Zahlung wöchentlich. Das Anstellungsverhaltis gilt aber als monatlich. Kündigungsfrist für beide Teile ein Monat, und zwar vom 1. eines Monats auf den nächstfolgenden Ersten.

Bewerber müssen sichere Fahrer sein.

Haus „Hoheneichen“, Eidelstedt b. Altona.

Aufruf für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März 1926 durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB, und den Ortskartellen des Afa-Bundes ist zu diesem Zweck

ein Termin zu bestimmen.

an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61, 62 BRG. (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiter vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419-20) und die Richtlinien des Afa-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unmorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongrebeschlusse nicht anerkennen.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Platow S. 273ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.).

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sämtlicher deutscher Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlmudigkeit der Belegschaften festgestellt worden. Diese Beobachtungen decken sich mit denen der Gewerkschaften. Es ist unverantwortlich, daß ein Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von seinem wichtigen Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch macht und sich infolgedessen auch seiner großen Rechte hieraus freiwillig begibt. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Achtstundentages, der Einführung von Werksbeurlaubungen und von Kurzarbeit sowie bei geplanten Betriebsstillegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften kommen nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krisis vollkommen schutzlos sind.

Nunmehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsratewahlen sein.

(Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB).)

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund).

Der Mensch, der zu schwankender Zeit auch schwankender Gesinnung ist, der vermehrt das Uel und breitet es weiter aus. Aber wer fest auf dem Stam beharrt, der bildet die Welt sich.

Goethe.

Der ADGB. für das Volksbegehren.

Auf seiner zweiten Tagung, die unter dem Vorsitz von Graßmann stattfand, beschäftigte sich der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in eingehender Beratung mit der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheids über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

In der Begründung für die Stellungnahme des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu der Durchführung des Volksbegehrens wurden die folgenden für die Gewerkschaften entscheidenden Gesichtspunkte hervorgehoben:

Die malosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterschaft und weit über diese Kreise hinaus im ganzen Volke leidenschaftliche, tiefberechtigte Empörung hervorgerufen. Die Forderungen stehen überdies in krassem Miverhaltis gerade zu der jetzigen Notlage, in die weite Kreise des Volkes, vor allem aber die Arbeiterschaft, durch die Wirtschaftskrise gestürzt worden sind. Die allgemeine Not hätte auch die Fürsten zu einer freiwilligen Begrenzung ihrer Forderungen aus vaterländischen Gründen bestimmen müssen. Tatsächlich sind sie zu keinerlei Opfer, auch nicht zu dem geringsten Verzicht, bereit gewesen. Die Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung ist die Antwort auf diese ebenso selbstsüchtige wie beschämende Haltung der einstigen Beherrscher des deutschen Volkes.

Aus der Debatte ging hervor, daß die Gewerkschaften entschlossen sind, sich in den Grenzen, die die wirtschaftliche Notlage und die aus ihr sich unmittelbar ergebenden sozialen Verpflichtungen den Verbänden ziehen, sich für das Volksbegehren und den Volksentscheid nachdrücklichst einzusetzen.

Der Ausschub gab dabei der Überzeugung Ausdruck, daß jeder Mißbrauch der Aktion zu durchsichtigen Parteimanovern, wie er von der Kommunistischen Partei versucht wird, auf das entschiedenste bekämpft werden wird. Der Bundesausschuß präzisierte die Stellungnahme der Gewerkschaften in folgender Entschließung:

„Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesetzentwurfes für eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Der Ausschub erkennt an, daß es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. Der Ausschub fordert aber alle Verbände und Gewerkschaftsmitglieder auf, alle Kräfte mit einzusetzen, um dem Volksbegehren und gegebenenfalls dem Volksentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolge zu verhelfen. Für die Aufbringung der erforderlichen Mittel empfiehlt der Bundesausschuß den Parteien die Einleitung von Sammlungen, an denen sich zu beteiligen der Ausschub allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht macht.“

Die Debatte wandte sich dann der Erörterung der Wirtschaftslage zu. Für die Gewerkschaften liegen hier eine Reihe brennender Fragen vor, in deren Vordergrund die Milderung der Arbeitslosigkeit, d. h. die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, steht. Über diese Fragen haben mit den Regierungsstellen, mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn, dem Reichsverband der Deutschen Industrie und mit Vertretern des Unternehmertums und des Bergbaues Besprechungen stattgefunden. Anläßlich dieser Besprechungen ist in der „Frankfurter Zeitung“ die Behauptung aufgestellt worden, es handle sich hierbei um die Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Mit keinem Wort ist in den Besprechungen von der Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft die Rede gewesen. Die Gewerkschaften werden, unbekümmert um diese falschen Gerüchte, ihre Bemühungen auf diesem Gebiet fortsetzen, soweit das Interesse der Arbeiterschaft es erfordert.

Blumengeschafte

Verband österreichischer Blumengeschaftsinhaber.

Am 4. Januar d. J. erfolgte in Wien nun auch für Österreich die Gründung eines Verbandes der Blumengeschaftsinhaber. In seinem Organ „Die Blumenbinderkunst“ werden die Ziele und Forderungen dieses neuen Verbandes eingehend dargelegt, wobei zu dem Kapitel „Arbeitgeber — Arbeitnehmer“ folgende selten gehörte Worte gefunden werden: „Auch hier muß im Einverständnis beider Teile ein Ausgleich geschaffen und eine Verbindung hergestellt werden. Es gibt nichts Hablicheres als ein ungeklärtes Verhaltis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“

Diese annehmlich klingenden Worte können leicht in die Tat umgesetzt werden, denn auch die Arbeitnehmer der Blumenbinder haben bereits ihre Organisation. Sie sind als besondere Sektion ebenso wie die Gärtner dem österreichischen Land- und Forstarbeiterverband angeschlossen. Ihre Belange werden mit vertreten durch die „Allgemeine österr. Gärtner-Zeitung“, so daß alle Voraussetzungen für eine an sich längst dringlich gewordene Vereinbarung über alle Fragen des Arbeitsverhältnisses gegeben sind. Es wurde uns freuen, wenn unser Reichstarif für die

Blumengeschäfte den österreichischen Kolleginnen und Kollegen dabei auch einige Dienste leisten und wir recht bald von guten Erfolgen hören und berichten könnten.

Der Gärtnertag Dresden 1926

ist endgültig auf Sonntag, den 11. Juli festgesetzt. Kollegen, die daran teilnehmen, wollen ihre Ferien danach einrichten. Weitere Bekanntmachungen folgen in der nächsten Nummer der Zeitung.

Berichte

Deutsche Gartenbau-Gesellschaft.

Als Präsidenten dieser Gesellschaft wurden wiedergewählt: Gartendirektor Ludwig Lösser, Major Tittmann, Dr. Potonié. Dem geschäftsführenden Präsidium gehören ferner an die Herren Geh. Kommerzienrat Dr. E. v. Borsig, Gärtnereibesitzer Schicke, Kaufmann E. Leonhardt und Gärtnereibesitzer Dageförde.

Die Verdienstdenkmünze der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft wurde in diesem Jahre Ökonomierat Lierke und Gärtnereibesitzer Dageförde verliehen.

Überfall auf die Schloßgärtnerei in Cochem.

Nach einem Bericht von W. T. B. drangen am Abend des 1. Februar mehrere maskierte Männer in die Schloßgärtnerei ein und schlugen den Gärtner Hansen mit einem schweren Hammer nieder. Dann warfen sich die Eindringlinge auf die Frau des Gärtners, mißhandelten sie und verletzten sie schwer an beiden Augen. Ein Lehrling wurde durch Messerstiche erheblich verletzt. Hansen ist seinen Verletzungen bereits erlegen, seine Frau liegt hoffnungslos darnieder. Als Täter konnte ein zweiter Lehrling Heuer ermittelt werden, der die Tat eingestanden hat.

Bittere Wahrheiten vom Obstmarkt.

In Nr. 1 des „Deutschen Fruchtgroßhandels“ wurden Äußerungen eines Hamburger Obstgroßhändlers abgedruckt, worin dieser das Gestöhne der Obstzüchter im Alten Lande über ihren angeblichen Untergang als übertrieben zurückwies. Sie bekämen jetzt 16–20 Pf. pro Pfund Äpfel, im Herbst hätten sie 10–16 Pf. erhalten, also 100 Proz. mehr als vor dem Kriege. Die Forderung nach einem Schutzzoll sei deshalb unberechtigt.

Hierauf veröffentlicht die gleiche Zeitschrift in ihrer Nr. 5 d. J. die Erwiderung eines Obstzüchters aus dem Alten Lande, der diese Angaben erregt bestreitet und einen Schutzzoll von 10 Pf. je Pfund für unbedingt erforderlich hält. Daneben befindet sich aber ein Beitrag aus Chemnitz, der betont, daß die deutschen Obstzüchter vor allem erst mal ihre Früchte richtig sortieren lernen müßten, dann würden sie auch bessere Preise erzielen. Zum Beweis für diese Behauptung führt der Betreffende folgendes an.

Er brauchte notwendig Äpfel und bat Geschäftsfreunde in Hamburg, solche im Alten Land aufzukaufen. Diese besichtigten dort die Äpfel, wühlten im Lager herum und fanden nur einwandfreie Ware. Sie brachten Proben mit, die so vorzüglich waren, daß sie davon Abstand nahmen, zur Verladung nach Hamburg zu fahren, zumal sie die dortigen Züchter für Leute vom alten ehrlichen Stamm hielten.

Nun kamen die Äpfel an; aber, o Schreck, alle Sorten waren durcheinander, bis zum vierten Teil waren sie mit Lohe behaftet, verkrüppelt und aufgesprungen. Sie mußten erst sortiert werden und gaben natürlich ein jämmerliches finanzielles Resultat. Ich selbst — so schließt der Bericht — habe schon in allen an Deutschland angrenzenden Ländern Äpfel verladen, aber in keinem Lande, mit Ausnahme von Galizien, wird die Verladung und Sortierung so schlecht vorgenommen, als gerade in Deutschland!

Dazu bemerkt die Schriftleitung, daß eben die deutschen Händler nur notgedrungen aus dem Auslande bezögen, weil dieses in bezug auf Sortierung und Verpackung Deutschland weitaus überlegen sei.

Der Fall Franz Behrens.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat vor kurzem den Chef ihrer Propagandaabteilung, von Zengen, wegen Überschreitung seiner Befugnisse entlassen, die darin erblickt wurde, daß er dem deutschen Arbeitervertreter und Reichstagsabgeordneten Behrens vom christlichen Landarbeiterverband das bekannte Darlehen von 50000 M. zur Sanierung seines Kartoffelladens gegeben hatte, das aber dann zur Unterstützung des Mörders Schulz verwendet wurde. Außerdem haben Behrens und Meyer ihre Vorstandsämter im christlichen Verband solange niedergelegt, bis der Staatsanwalt die Sache geklärt hat. Dafür soll aber der unvermeidliche Behrens nach einer Notiz im „Vorwärts“ Aufsichtsrat bei der Norddeutschen Zündholz-A.-G. geworden sein, die jetzt dabei ist, sich dem ausländischen Kapital zu verschreiben. Wir hatten also recht, als wir neulich schrieben, daß es Leute gibt, die bei jedem Sturz, immer wieder auf die Beine fallen. Das Ganze nennt man völkisch!

Rundschau

Die Kurzarbeiterunterstützung gesichert.

Für den 3., 4. und 5. Tag der Arbeitsruhe.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags kamen die Anträge zur Kurzarbeiterunterstützung zur Beratung. Nachdem sich die Vertreter der Regierung gegen die Anträge ausgesprochen hatten, die ihnen zu weit gingen, wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der gleich darauf seine Beratungen aufnahm. Hier kam eine Einigung aller Parteien dahin zustande, daß vorgeschlagen werden soll, die Kurzarbeiterunterstützung wöchentlich für den 3., 4. und 5. Tag der Arbeitsruhe zu zahlen, die von der Regierung beabsichtigte Differenzierung zwischen Ledigen und Verheirateten fallen zu lassen und die Frage zu prüfen, ob in Betrieben, bei denen die Kurzarbeit nach Tagen nicht zu berechnen ist, eine stundenweise Umrechnung erfolgen kann, wobei die besonderen Arbeitsverhältnisse der Angestellten berücksichtigt werden sollen.

Eine entsprechende Verordnung wird in den nächsten Tagen in Kraft treten.

Beiträge von Angestellten zur Erwerbslosenversicherung.

Da vom 1. Januar ab auch die Angestellten beitragspflichtig zur Erwerbslosenversicherung sind, die die Versicherungs-grenze zur Krankenversicherungspflicht, aber nicht die der Angestelltenversicherung überschritten haben, müssen also alle Angestellten mit einem Monatseinkommen von 225–500 M. Beiträge zahlen.

Vorbereitung zum Volksentscheid.

Der Volksentscheid ist in Vorbereitung, und nun gilt es, die Funktionäre der Gewerkschaften und Parteien mit der nicht nur umfangreichen, sondern auch sehr komplizierten Materie, die dem kommenden Volksentscheid zugrunde liegt, vertraut zu machen. Zu diesem Zweck gibt die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine etwa 70 Seiten umfassende Broschüre mit dem Titel heraus: „Fürstenabfindung? Ein Lesebuch zum Volksentscheid“, die an die Organisationsmitglieder zum Preise von 50 Pf. und bei Massenbezug zu noch günstigeren Bedingungen abgegeben wird. Der Bearbeiter des Materials ist nach der Umwälzung zwei Jahre lang im Preussischen Finanzministerium bei der Auseinandersetzung des preussischen Staates mit Wilhelm II. tätig gewesen und hat im besonderen an der Liquidation der Hofverwaltung mitgearbeitet. Das in dieser Broschüre zusammengetragene Material wird den Funktionären für die Vorbereitung des Volksentscheids in Hülle und Fülle Kampfarmumente und Aufklärung an die Hand geben.

Ein Fahrrad für 60 M. Von fachmännischer Seite wird uns geschrieben: „Ein Fahrrad für 60 M.“ muß als ein Lockangebot bezeichnet werden. Ein gutes Fahrrad für den täglichen Gebrauch mit Freilauf ist für 60 M. nicht zu liefern. Wer ein gutes Fahrrad haben will, muß logischerweise den Preis anlegen, der zur Herstellung und Lieferung einer einwandfreien Gebrauchsmaschine notwendig ist. Die Preise liegen heute je nach Ausführung und Zubehör zwischen 80 und 150 M. Diese Preislage zeigt uns deutlich eine bis ins kleinste ausgearbeitete Aufstellung von Gestehungskosten der Firma H. Burgsmüller & Sohn in Kreienzen Nr. 217, einer alten angesehenen Firma, die bereits seit 50 Jahren direkt an Private liefert. Der neue Hauptkatalog 1926 dieser Firma, der auf Wunsch gratis und franko versandt wird, enthält eine reiche Fülle interessierender Einzelheiten der Fahrradbranche. Jeder aber befolge die wiederholt zum Ausdruck gebrachte Mahnung, nicht das billigste ist billig, sondern nur das Gute bricht sich Bahn und erspart besonders beim Fahrrad viel Verdruß und Ärger.

Rosenpflanzen

aller Art, wie:

Buschrosen, Kletterrosen,
Stammrosen, Trauerrosen
taufen Sie in nur allerbesten Qualität

bei der Rosenfirma

Gebr. Schultheis in Steinfurth

bei Bad Nauheim, Begr. 1858

Privatgärtner erhalten die übliche Vergütung. Fordern Sie die kostenlose Überendung unserer „Sorten- u. Preisliste, so wie unserer Winte für Pflanzung u. Behandlung der Rosen“.

Hämorrhoiden verursachen Höllenqualen!

Viele, die daran leiden, werden das für übertrieben halten, weil sie erst das Anfangsstadium kennen.

Sie sollten dem Schicksale dankbar sein, daß sie von der weiteren Entwicklung des Leidens vorläufig noch verschont geblieben sind und sollten alles aufbieten, das weitere Fortschreiten zu verhüten und es zur Rückbildung zu bringen, damit sie überhaupt nicht zu fühlen bekommen, was vernachlässigte Hämorrhoiden eigentlich zu bedeuten haben.

Nicht nur, daß sie rasende Schmerzen verursachen, sind sie auch der Ausgangspunkt schwerster Gesundheitsstörungen.

Ausgetretene innere Hämorrhoiden zerfallen brandig, wenn sie nicht zurückgebracht werden. Die Verzögerung des Stuhlgangs wegen der großen Schmerzen, das fortwährende Druckgefühl infolge der Blutstauung im Unterleibe, das Jucken, Bluten und Nässen verursachen Nervösität und Gemütsverstimmung. Unter Umständen können Hämorrhoiden den Mastdarmkrebs verursachen.

Nicht verzweifeln! Es werden zahlreiche Mittel angepriesen, einige davon sind in einigen Fällen auch ganz gut, aber im allgemeinen ist die empfohlene Behandlung viel zu einseitig, sie richtet sich mehr gegen die Folgen, als gegen die Ursachen. Eine Heilung kann nur durch eine kombinierte Kur erreicht werden, die sofort Linderung schafft, aber auch die Ursachen beseitigt.

Dr. med. Hans Fischers Hämorrhoidalkur wirkt in dieser Weise. Sie beschränkt sich nicht darauf, Erleichterung zu schaffen, sondern sie bringt die Blutklumpen zum Einschrumpfen. Schon sofort, bei der ersten Anwendung zeigt sich eine auffällige Besserung, und nach wenigen Tagen haben sie die Gewißheit, daß Sie mit dieser Kur endlich auf dem rechten Wege sind. Lesen Sie bitte die nachfolgenden Schreiben, die Ihnen zeigen, daß ich nicht zuviel behaupte.

„Acht Jahre litt ich an einem schweren Hämorrhoidalleiden. Das ganze Leben war mir vergällt, alle meine Arbeitskraft gebrochen. Nichts gereichte mir mehr zur Freude, Familie, Frau und Kinder litten unter dem entsetzlichen Zustand. Früher kein Freund von Traurigkeit, immer flink auf den Beinen, schleppte ich jetzt mühsam meine langen Tage dahin, so daß ich nur mit größten

Qualen meinem künstlerischen Berufe nachgehen konnte. Als passivierter Sportsmann mußte ich mir auch das liebgewordene Reiten versagen.

Alle möglichen Mittel habe ich jahrelang vergeblich versucht, da wurde ich eines Tages von einem Freund auf Ihre Hämorrhoidal-Kur aufmerksam gemacht. Vom ersten Tage der Anwendung an merkte ich Erleichterung und nach wenigen Tagen fühlte ich mich wie ein neugeborener Mensch.

Ich bin jetzt wieder imstande, alle meine täglichen Obliegenheiten mit Leichtigkeit zu erfüllen, kann wieder Omnibus fahren und habe mir sogar aus Freude ein Motorrad zugelegt. Geru werde ich Ihr herrliches Mittel allen meine Bekannten empfehlen.

Mit freundlichem Gruß zeichne ich hochachtungsvoll E. V., Maler und Graphiker.“

„Ich bin erfreut Ihnen sagen zu können, daß Ihre Hämorrhoidalkur mich von meinem langjährigen Leiden befreit hat. Bei meinem Beruf, der viel körperliche Arbeit erfordert, war die Krankheit besonders störend und mir in meinem vorgerückten Alter lästig. Schon nach ganz kurzer Benutzung verspürte ich Linderung und jetzt bin ich wieder frisch wie früher. Hochachtungsvoll R. K.“

Um Ihnen klarzumachen, was Sie in einigen Wochen erreichen können, sende ich Ihnen eine Probekur kostenfrei. Sie verpflichten sich damit zu nichts, sondern Sie lernen nur, ohne sie kaufen zu müssen, eine Kur kennen, die Sie bestimmt nicht enttäuscht.

Sie haben wohl längst eingesehen, daß Sie gegen das Übel etwas Ernstliches tun müssen, Sie haben vielleicht auch schon einiges versucht, aber ohne rechten Erfolg. Machen Sie nun diesen kostenlosen Versuch. Ich sende Ihnen, gleichfalls kostenfrei, eine Broschüre mit, die Ihnen genaue Auskunft gibt über das Wesen der Hämorrhoiden und über die Vorsichtsmaßregeln, die Sie ergreifen müssen, um die Heilung zu einer dauernden zu machen.

Nun zögern Sie nicht länger, sondern senden Sie mir noch heute Ihren Namen und Adresse.

Adressieren Sie „Dr. med. Hans Fischer, Berlin W 35/F. 585“ und ich sende Ihnen eine Probe meines Heilmittels im Werte von 3,— M. vollständig kostenlos, damit Sie einen Versuch machen können.

Solider, älterer, erfahrener

Gärtner

für alle Gartenarbeiten in angenehmer Stellung, welche von längerer Dauer sein kann, für ein Landhaus in der Umgebung Bremens

gesucht

Efferten mit Zeugnisabschriften und möglichst mit Sicht bild, welches zurückgeliefert wird, unter D 9466 an die Annoncen Expedition von

Hermann Wälder, Bremen erbeten

J. Fritz Scharpff

Blumenzwiebeln-, Dahlien- u. Gladiolen-Kulturen
Glip / Heemstede / (Holland)

Verlangen Sie kostenfrei unser Spezial-Anz. über Edel-Dahlien, Gladiolen und sonstige Frühjahrssachen. Nur prima Qualität. Ziel wird gern eingeräumt.



**Leiterwagen
Tafelwagen
Rungenwagen
Schneeschuhe
Rodelschlitzen**

stabilster Bauart, billigste Preise. Preislist. auf Wunsch gratis und franko.

Strangfeld & Knoch
G. m. b. H.
Lübben (Lausitz) 34

Blumen-Töpfe

Blumentöpfe in allen Größen liefert preiswert
Aug. Baasch Nachf.
Inhaber H. Heinicke
Lohnwarenfabrik
Ditterfeld, Fernspr. 228

Jagdrad-Fahrräder
und Zubehör, Uhren; Gold- u. Lederwaren, Musikinstrumente, Haushaltgeräte, Waffen, Munition
Reichhalt. Katalog gratis
K. Burgsmüller & Söhne
KREIENSEN (Hartz)
Nr. 217

Qualitäts-
Garten-Werkzeuge

S. Kunde & Sohn
DRESDEN 21
Kipsdorfer Str. 106
Verlangen Sie Spezialliste f. Messer u. Schere

Jahresschau Deutscher Arbeit Jubiläums-Gartenbau- Ausstellung Dresden 1926

23. April bis Anfang Oktober

Dauerausstellung:

Pflanzen-Erzeugung Wissenschaft
Pflanzen-Verwendung Industrie u. Technik

Sonderausstellungen:

23. 4.—2. 5.: Die Frühjahrblumen-Eröffnungsschau
Anf. Juni: Erste Blumenschmuck- mit Raumkunst-Ausstellung usw.
Anf. Juli: Zweite Blumenschmuck- mit Raumkunst-Ausstellung und Erste Rosen-, Nelken-, Frühobst- und Frühgemüse-schau
Anf. Aug.: Sommerblumen- und Liebhaberschau
Anf. Sept.: Herbstblumenschau
Anf. Okt.: Obst-, Gemüse- u. Chrysanthemenschau

Anmeldungen und Auskunft:

Geschäftsleitung: Dresden, Lennestr. 3, Städtischer Ausstellungspalast

**Tüchtiger
Gärtnergehilfe**

gesund, unbescholten, m. mehrjähriger Praxis und Bewahrung im gesamten Garten- und Obstbau, in Treibhauspflege und Topikultur.

Gesucht.
Baldiger Dienstantritt erwünscht. Bewerbung mit ausführlich. Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild sind bis 20. II. 1926 einzureichen.

Landes-Heil- und Pflegeanstalt Eichberg
Station
Hattenheim im Rheingau

Heimarbeit vergibt
P. Kollter, Breslau Hb.

Schürzenstoff
per Mtr. M. 2,50 solange
Dauerl. 1.1. Zuschabell
Ziefgenreuth, Bayern.

Der Schlüssel zum Erfolg ist unsere Broschüre
Düngungsfragen im Gemüsebau
von Obergärtner **R. Prinz**, Hamburg-Poppenbüttel

Preis: 1 Stück einschließlich Porto 50 Pfg.
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Gärtnerei-Fachblattes, Berlin S 42

BUTTERS
Qualitätswerkzeuge
sind weltberühmt. Man verlange in Samen- u. Gerätehandlungen nur Werkzeuge der Firma
**Oskar Böttler Gartenwerkzeugfabrik
BAUTZEN**
wo nicht erhältlich, ab Fabrik Preislisten zu Diensten